

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 7

Artikel: Das Herrenvolk der Dakorumänen
Autor: Révész, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093999>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Herrenvolk der Dakorumänen

Der Erbstreit um Siebenbürgen (Transsylvanien) ist in aller Öffentlichkeit wieder ausgebrochen. Ausgetragen wird er von Ungarn und Rumänien, zwei Bruderländern im Sowjetlager. Anlass zum jetzigen Aufflammen der längst schwelenden Fehde war ein minde-

stens halbamtliches Buchwerk, das man in Budapest über das ehemalige ungarische Gebiet veröffentlicht hat, das seit 1918 zu Rumänien gehört. Prof. Révész hat die Thematik in der letzten Nummer dargelegt. Heute fährt er in seinem Bericht weiter.

Osteuropa steckt voller latenter Minderheitenprobleme, und eines davon ist heute akut geworden, nämlich die Frage der ungarischen Minderheit in Rumänien. Sie zählt unter den 24 Millionen Einwohnern des Landes gut zwei Millionen Angehörige, und die weitaus meisten von ihnen sind in Siebenbürgen daheim, einer Region, die den Ungarn nach dem ersten Weltkrieg zusammen mit andern Gebieten weggenommen worden war, weil sie auf der Seite der Verlierer gestanden hatten.

Die Ungarn in Rumänien werden diskriminiert, sagt man in Budapest, und in Bukarest nennt man das eine Lüge. Die Wahrheit liegt in diesem Fall keineswegs in der Mitte. Vielmehr ist es sogar so, dass die rumänischen Magyaren

noch erheblich stärker unterdrückt werden, als es das offizielle Ungarn zu sagen pflegt; mit Rücksicht auf die brüderlichen Verhältnisse legt man sich seit Jahren ein variables Mass an Zurückhaltung auf, und es ist bezeichnend, dass der grösste Klartext in dieser Hinsicht nach wie vor von den ungarischen Dissidenten erhältlich ist. Im Unterschied zu ihren sonstigen Äusserungen können sie dabei freilich mit der heimlichen Billigung des Regimes rechnen.

Jetzt ist der zwischenstaatliche Konflikt, der normalerweise nur glimmt, wieder aufgelodert. Dass er öffentlich ausgetragen wird, ist (im Gegensatz zur Meinung einiger westlicher Kommentatoren) an sich nicht neu. Es ist schon vorgekommen (siehe letzte Nummer), dass man ungarischerseits die rumänische Nationalitätenpolitik der südafrikanischen Apartheidspolitik gleichstellte und dass Bukarest im Gegenzug seine ungarischen (ausseramtlichen, aber gewichtigen) Kritiker faschistisch nannte; allerdings unter Brüdern und Genossen.

Dakorumänische Territorialansprüche

In der Öffentlichkeit wiederholt kontrovers behandelt worden ist zudem ein ganz bestimmter Aspekt der Sache, nämlich die sogenannte dakorumänische Theorie, die unter Ceaușescu sozusagen den Rang einer zweiten Staatsdoktrin (nach dem Marxismus-Leninismus immerhin) erhalten hat. Die heutigen Rumänen sind laut

ihr die legitimen Nachfolger der vorchristlichen Daker, die seinerzeit das ganze heutige Staatsterritorium und noch ein paar Gebiete darüber hinaus innehatten; eine praktische Rechtfertigung zur Wahrung und eventuellen Vermehrung des jetzigen Besitzstandes. Für Siebenbürgen ergibt sich daraus, dass das Gebiet 1918 nicht neu zu Rumänien geschlagen wurde, sondern rechtens wieder zu dem Staat gelangte, dem es seit alters her zugehörte, dem Land der Daker eben.

Für Ceaușescu spielen die Daker die gleiche Rolle, wie die Germanen sie für Hitler spielten, und die ganze dakorumänische Theorie ist von so penetrant völkischer Beschaffenheit, dass nur ein kommunistischer Machthaber sich erlauben kann, sie offen zur Doktrin zu machen. Doch die Ungarn haben darauf verzichtet, die Parallele zu den Nazis zu ziehen. Indessen haben sie doch den rumänischen Dakermythos historisch und satirisch zerzaust, und das nicht erst seit gestern.

In ihrer Anlage ist die gegenwärtige Kontroverse demnach so wenig neu wie ihre sporadische Austragung in der Öffentlichkeit. Für die jetzige Runde trifft es allerdings zu, dass die zwischenstaatlichen Beziehungen auf einem Tiefpunkt angelangt sind. Zumindest die rumänischen Behörden begnügen sich nicht mehr mit verbaler Polemik. Vielmehr schikanieren sie ungarische Reisende zielbewusst so, dass ihnen alle Lust an weiteren Besuchen in Rumänien vergehen soll. Da kann man sich vorstel-



len, wie sich die Behörden erst gegenüber der ungarischen Minderheit auf ihrem Staatsgebiet verhalten, die ihnen restlos ausgeliefert ist. Tatsächlich vermerkt der ungarischsprachige Samisdat aus Rumänien, dass sich die Unterdrückung verschärft hat, und das wirkt glaubhaft.

Auslöser für die jetzige Krise war, wie in der letzten Nummer dargelegt, ein dreibändiges Werk, das die Ungarische Akademie der Wissenschaften unter der Redaktion des Budapester Kulturministers veröffentlicht hat, die «Geschichte Siebenbürgens» (Erdély története). Obwohl es eher von versöhnlichem als von polemischem Charakter war, geriet es den Rumänen gründlich in die falsche Kehle.

Nebst andern Dingen (siehe unsern ersten Beitrag) behandelt das Werk die Entwicklung der Bevölkerungsproportionen in Siebenbürgen. So stellten die Rumänen dort 1520 einen Anteil von 25 Prozent und erst 200 Jahre später einen Anteil von 60 Prozent. (Der grösste Schub erfolgte im 18. Jahrhundert und war vor allem auf die schlechten Verhältnisse im nachmaligen Rumänien zur Zeit der mittelbaren und komplizierten Türkenherrschaft zurückzuführen. Sie bewogen viele Rumänen zur Emigration nach Ungarn.) Man sollte meinen, das sei am Ende des 20. Jahrhunderts so oder anders kein Grund zur Aufregung, aber für Ceaușescu ist die blosser Erwähnung einer früheren rumänischen Emigration schon etwas wie eine persönliche Beleidigung. Zu seinen Lieb-

lingsvorstellungen gehört nämlich die These, dass die Rumänen im grossen Unterschied zu andern Völkern auch zu Zeiten der schlimmsten Bedrohungen stets auf ihrem Heimatboden ausgeharrt hätten, nie vor Gefahren bleich.

Den grössten Anstoss nimmt man in Bukarest freilich an der ungarischen Opposition zur rumänischen Dakertheorie; schon ihre blosser Relativierung gilt als Leugnung historischer Tatsachen und überdies als Einmischung in die innerrumänischen Angelegenheiten. Indessen ist, auch wenn das heute keine praktische Rolle spielt, die dakorumänische Theorie grenzüberschreitend. Sie rechtfertigt nicht nur wie im Falle Siebenbürgens den Status quo, sondern liefert auch historische Rechtfertigungen für territoriale Ansprüche Rumäniens auf Bessarabien (heute in der Sowjetrepublik Moldau), auf die Bukowina (Ukraine) und auf die Dobrukscha (Bulgarien). Angesichts der realen Kräfteverhältnisse der Gegenwart ist das für die Sowjetunion ungefähr so bedrohlich, wie es für die Schweiz bedrohlich wäre, wenn Liechtenstein einen Anspruch auf den Kanton St. Gallen anmelden würde, aber grundsätzlich hat die Theorie expansiven Charakter, und sie soll nach dem polizeilich gestützten Willen der rumänischen Parteiführung ja zur Gänze ernst genommen werden.

Der Dakermythos postuliert in seiner offiziellen Apologetik keinen Anspruch der Rumänen auf einen Herrenvolkstatus im Inland, steht

aber der praktizierten Diskriminierung von Minderheiten zumindest nicht im Wege.

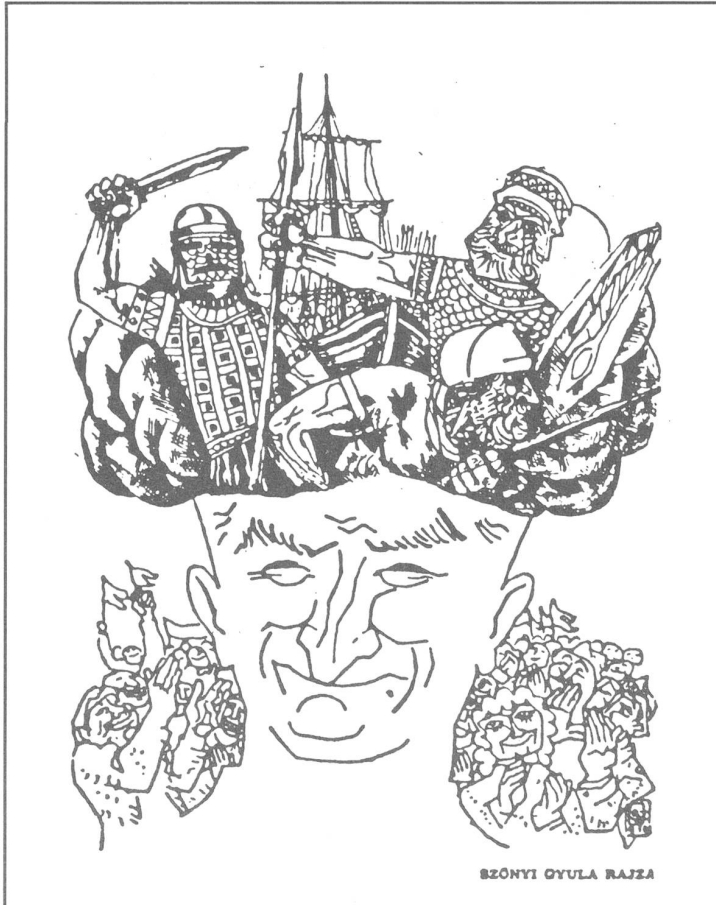
In Siebenbürgen gibt es die ungarischsprachige Samisdatzeitung «Ellenpontok». Sie publizierte 1981 einen «Programmentwurf zur Änderung der rechtlosen Lage der ungarischen Minderheit in Rumänien». Unter anderem war hier (Kapitel IV, Punkt 1/c) zu lesen: «Die dakorumänische Kontinuitätstheorie hat ihre ideologische Funktion einzustellen. Sie darf nicht mehr sein als das, was sie tatsächlich ist: eine historische Arbeitshypothese.» An anderer Stelle (Punkt 1/d) betonte das Papier das Recht der ungarischen Minderheit auf ihre eigene Geschichte: «Das Interesse für die Geschichte und Kulturgeschichte Siebenbürgens darf nicht als revisionistische Tendenz angesehen werden. Für die Historiker, die sich mit der Geschichte Siebenbürgens befassen, darf es keine verbotenen Themen geben.»

Auf diese Stimme der in Rumänien verbotenen Opposition nimmt die jetzige Veröffentlichung in Budapest keinen Bezug, aber die gereizte Reaktion in Bukarest rechnet mit der aufbegehrenden Minderheit im eigenen Land und mit dem benachbarten sozialistischen Bruderland im gleichen Atemzug ab.

Ceaușescu: «faschistische Tatsachen»

Ceaușescu wählte am 26. Februar 1987 eine gemeinsame Sitzung der «Werkstätigenräte ungarischer und deutscher Nationalität», um gegen die «Geschichtsfälschung» und gegen die «Einmischung ungarischer Historiker in rumänische Angelegenheiten» zu protestieren. Die erwähnten Räte sind Alibigremien, welche im Namen der deutschen und der ungarischen Minderheiten die rumänischen Regimeinteressen zu vertreten haben und es auch tun; mit dem Ausdruck «Nationalität» ist hier – wie überall im Osten – nicht die Staatszugehörigkeit, sondern die Volkszugehörigkeit gemeint. Ceaușescu wörtlich: «Warum aber muss dies – eine wohlbekannt historische Tatsache – durch die Verneinung der Existenz eines andern Volkes geschehen, das auf diesen Territorien seit mehr als 2500 Jahren gelebt und das während der Völkerwanderung nicht anderswohin gezogen ist, das gekämpft und seinen Boden und seine Existenz verteidigt hat (...). Es ist schwer verständlich, dass einige horthyistische, faschistische, chauvinistische, einschliesslich rassistische Tatsachen wieder aufgegriffen werden. (Die deutschsprachigen einschliesslich grammatikalischen Wendungen sind von den amtlichen Übersetzern in Bukarest zu verantworten.) Wie ist es möglich, dass eine Akademie der Wissenschaften einige Texte und Arbeiten gutheisst, in denen andere Völker beleidigt werden? Was ist das für eine Wissenschaft? Wem kann eine derartige sogenannte Wissenschaft dienen, als nur den reaktionären imperialistischen Kreisen?»

Auf die Frage, ob das Budapester Geschichtswerk oder andere ungarische Veröffentlichungen über die Grenze gelassen würden, antwor-



Ceaușescu mit seiner Theorie der Daker. Eine ungarische Karikatur vor fünf Jahren. («Nepszabadsag», Budapest, 13. 3. 1982)

tete Ceaușescu: «Wie können wir damit einverstanden sein, den Vertrieb der ungarischen Presse und Literatur in Rumänien auszuweiten, wenn in dieser Presse die Werktätigen unseres Landes beleidigt werden? Wenn wir dies akzeptierten, würden wir uns einen schlechten Dienst erweisen.» («Neuer Weg», Bukarest, 1. 3. 1987)

In ähnlicher Weise musste sich der «Rat der Werktätigen ungarischer Nationalität» als Pseudovertretung der Minderheit äussern. Der Vorstandsbericht attestiert den ungarischen Geschichtsarbeiten, sie hätten «Thesen mit revisionistischem, revanchistischem und irredentistischem Charakter wieder in Umlauf gesetzt» («Neuer Weg», 28. 2. 1987), und im späteren Beschluss der Plenarsitzung heisst es: «Als rumänische Staatsbürger ungarischer Nationalität empfinden wir tiefen Kummer und menschliche, kommunistische Empörung angesichts der wachsenden Anzahl von Studien, Artikeln, Büchern und Abhandlungen zur Geschichte, Landkarten und anderen Propaganda- und Lehrmaterialien, die in der Ungarischen Volksrepublik erscheinen und die gleichzeitig Unkenntnis und Fälschung der Geschichte des rumänischen Volkes wie auch einen Anschlag auf die territoriale Integrität des Landes darstellen.» («Neuer Weg», 5. 3. 1987)

Prügel, Morde und Streiks in Rumänien

Das wirkt etwas widerlich, und tatsächlich hätte eine Vertretung der ungarischen Minderheit in Rumänien sich über ganz andere Dinge zu empören. In der erwähnten Samisdatzeitung «Ellenpontok» (Nr. 8) sind sie aufgezählt: die stufenweise Schliessung der ungarischen Schulen unter Berufung auf das Unterrichtsgesetz von 1978, die Auflösung der ungarischen Universität, die Schliessung zahlreicher ungarischer kultureller Institutionen, die Unterdrückung der Minderheitenkirchen, die Verhinderung von Kontakten zwischen der ungarischen Minderheit in Rumänien und ihren Angehörigen in Ungarn.

Auf dem Hintergrund dieser permanenten, das heisst permanent schlimmer werdenden Zustände ist es inzwischen zu einer akuten Krise gekommen, die sicher auch im Zusammenhang mit der zwischenstaatlichen Auseinandersetzung zu sehen ist. Die ungarischsprachigen Samisdatquellen melden aus Cluj (Klausenburg), dass zwanzig von der Polizei zusammenge-

schlagene Studenten ins Spital eingeliefert werden mussten; sie hatten bei einer Demonstration unter anderm Porträts von Ceaușescu zerstört. Im weiteren wird von einem auch physischen Terror der Securitate (des Sicherheitsdienstes) berichtet und in diesem Zusammenhang von «mehreren Todesfällen». («Russkaja Mysl», Paris, 20. 3. 1987)

Schon im Spätherbst des letzten Jahres war es übrigens in Siebenbürgen zu Arbeiterunruhen gekommen, weil ganze Belegschaften (Ungarn und Rumänen zusammen) geschlossen gegen Lohneinbussen und Kürzung der Brotrationen (!) streikten. Das Regime gab damals mindestens teilweise den Forderungen der Arbeiter nach, suchte aber möglichst alle Informationen über die soziale Unrast zu unterbinden. Bezeichnenderweise war es wiederum das ungarischsprachige Untergrundschrittmum, welches das amtlich verhängte Schweigen zu durchbrechen vermochte. Die Ungarn bilden in Rumänien den artikuliertesten Teil nicht nur der nationalen, sondern auch der sozialen Opposition.

Die Reaktion im «Mutterland»

Im zwischenstaatlichen Konflikt Bukarest–Budapest haben die Ungarn sich bemüht, auf das feindbezogene Vokabular Ceaușescus mit Umsicht zu reagieren. Selbstverständlich beharren sie auf das Recht ihrer Akademie der Wissenschaften, ein geschichtliches Werk ohne rumänische Vorzensur zu publizieren, selbst wenn es sich auf Territorien bezieht, die zu Rumänien gehören. Aber der ganze Komplex ist in der Wertung des ungarischen Aussenministeriums eine «heikle Frage» deshalb, weil man in Budapest einerseits Sorge um die Volksangehörigen mit rumänischer Staatsbürgerschaft bekundet, andererseits aber keine Einmischung in die Angelegenheiten des Nachbarstaates an den

Tag legen will, dessen Grenzen man nach wie vor anerkennt.

Gyula Horn, Staatssekretär im Aussenministerium, hat am 8. März dem ungarischen Fernsehen ein Interview gegeben, das die gegenwärtige Haltung der ungarischen Regierung widerspiegelt:

«Jene Mitbürger, die die Bemühungen des Aussenministeriums mit Aufmerksamkeit verfolgen (. . .), haben sehr wohl bemerkt, dass es in der jüngsten Zeit sogar vorgekommen ist, dass unsere (. . .) Bestrebungen anderswo als Einmischungsbemühungen (. . .) qualifiziert wurden.»

Hier geht es um eine äusserst prekäre Frage. Zunächst muss geklärt werden, welche Möglichkeit und generell welches Recht ein Land hat, sich mit der Lage der ausserhalb seiner Grenzen lebenden Nationalitäten zu beschäftigen. Was speziell uns betrifft, so verfolgen wir das Schicksal des Ungartums in der ganzen Welt, und das trifft verstärkt auf die Lage des in unserer unmittelbaren Nachbarschaft lebenden Ungartums zu, da es sich hier (. . .) um Millionen handelt, die dazu gehören.»

Selbst in der sozialistischen Welt kommt es im alltäglichen Leben vor, dass die Mehrheit Anstrengungen unternimmt, um die nationalen Minderheiten gewaltsam einzuschmelzen». Besonders in diesem Teil Europas bestehen praktisch gesehen keine ethnischen Grenzen, so dass es auch unter dem Gesichtspunkt der zwischenstaatlichen Verhältnisse ausserordentlich wichtig ist, dass die Ausüben der Macht solchen Bestrebungen den Boden nehmen.»

Unseres Erachtens zeigt sich also die Qualität der Beziehungen, der Zusammenarbeit einerseits darin, wie man an die Frage der Rechte der nationalen Minderheiten herangeht, wie ihre Rechte durchgesetzt werden, das heisst, wie ihre

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

City Bank-Anlageplus

4 1/4% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit

Bis 31. Dez. 1987

CITY BANK

– die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
 Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
 Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am besten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name _____ Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Einsenden an CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

Gleichberechtigung im Leben gewährleistet wird, andererseits darin, inwiefern den Nationalitäten jene Bedingungen, die auch die in unserm Land sowie die in den Nachbarländern lebenden Minderheiten brauchen, um Kontakte mit dem jeweiligen Mutterland zu pflegen, gewährleistet wurden.» (Ungarischer Pressedienst, deutschsprachig, Budapest, 9. 3. 1987)

Die Frage von spezifischen Beziehungen zwischen einem «Mutterland» und seinen ausländischen Volksangehörigen mutet in der Tat heikel an und wäre ein Thema für sich. Anzumerken ist vielleicht, dass sie sich gar nicht erst stellen würde, wenn aufgrund der Menschenrechte beliebige Personen ohnehin das Recht auf beliebige Kontakte hätten, und das ist eine Problematik, welche sich nicht «sogar», sondern gerade in sozialistischen Ländern stellt.

Wie stark die Spannungen zwischen Rumänien und Ungarn gegenwärtig sind, zeigt folgender Passus im zitierten Text:

«Wir schweigen nie, wenn sich in der Lage der ausserhalb unserer Grenzen lebenden Nationalitäten Strömungen zeigen, wenn Sorgen wahrzunehmen sind. Unseres Erachtens haben wir dazu nicht nur die Möglichkeit, sondern auch das Recht. Von einem fruchtbaren, tatsächlich freundschaftlichen Verhältnis zwischen zwei sozialistischen Nachbarländern kann nicht die Rede sein, solange es Störungen und Probleme im Zusammenhang mit den nationalen Minderheiten gibt.»

UdSSR und Osteuropa

Nun kann man sich diesen letzten Satz auch in seiner Übertragbarkeit auf die gesamten osteuropäischen Verhältnisse merken, wo es tatsächlich «praktisch keine ethnischen Grenzen» gibt. Und in diesem Fall könnte der gegenwärtige

Zwist zwischen Rumänien und Ungarn einen Fingerzeig auf die Möglichkeiten der politischen Entwicklung in der Region geben, wenn die Disziplin des Sowjetlagers schwächer werden sollte.

Tatsächlich stellt sich die Frage nach der sowjetischen Schiedsrichterrolle im gegebenen Fall schon jetzt. Im Unterschied zu Stalins Zeiten ist sie ohnehin nicht mehr total, sondern nur noch gross. Aber wie gross heute? Es ist durchaus denkbar, dass der Konflikt (der für Moskau sicherlich unangenehm ist) unter Breschnew in dieser ausgeweiteten Form gar nicht hätte ausbrechen können. Indessen sind unter Gorbatschow viele Gewissheiten über das sowjetische Verhalten auch in Osteuropa geschwunden, und diese Sachlage ist geeignet, den jeweiligen nationalen Kräften tendenziell Auftrieb zu verleihen, auch wenn momentan die Losung des Abwartens zu dominieren scheint. Die sowjetische Macht hat in Osteuropa viele latente Konflikte mit einer aufgezwungenen Brüderlichkeit zugedeckt, die von den Beteiligten nicht empfunden wird, nicht einmal auf der Ebene der Machthaber, die in wechselndem Ausmass immer auch stellvertretende Machthaber gewesen sind. In der Sowjetunion manifestiert sich heute ein gesellschaftliches Aufbruchpotential, und es ist möglich, dass dieses in Osteuropa auch ein nationales Aufbruchpotential aktiviert.

Was die Ungarn und Rumänen angeht, liegt es im Interesse beider Völker, dass die Minderheitenfrage im Sinne der UNO-Menschenrechtserklärung vom 10. 12. 1948, der Internationalen Konvention vom 16. 12. 1966 und des Helsinki-Schlussdokuments vom 1. 8. 1975 geregelt wird. Um das zu ermöglichen, muss die beidseitige Anerkennung dieser Vertragswerke mehr als ein Lippenbekenntnis sein, in dieser und in jeder Hinsicht. ■

ZETBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck Zeitbild 30-24616-5, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger (abw.)

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland

Jahresabonnement Fr. 48.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.—
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 53.—/DM 64.—/
Luftpost sFr. 58.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler sFr. 33.—/DM 40.—
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.—

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Prof. Dr. Laszlo Revesz, Dr. Max Keller, Ian Tickle, Saulo Herrero, Georg Bruderer, Jürg L. Steinacher, Jacques Baumgartner, Michael Bader, Ulrich Arnd, Dr. Jerzy Bahr, Beat Krättli (Peshawar)

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 11

Druck und Versand

Hallwag AG Bern,
Nordring 4, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information
über internationale Entwicklungen

Weitere SOI-Informationsträger

Etudes politiques (Monatszeitung)
SOI-Bilanz
(monatl. Kurzanalyse der internationalen Lage)
Swiss Press Review and News Report
(Artikel für die Presse Asien und Afrika)
Revue de la Presse Suisse — Informations — Commentaires (Artikel für die Presse Afrika)
Revista de la Prensa Suiza y Noticiario
(Artikel für die Presse Lateinamerika)
Nashrat as-Sahafa as-Swissaria
(Artikel für die arabische Presse)
Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI
Vortragsdienst
Buchhandlung SOI
Verlag SOI (Taschenbuchreihe TM; Tatsachen und Meinungen)

Bestellschein für ZETBILD

Ich bestelle ein Jahresabonnement ZeitBild zu Fr. 48.—
(Ausland sFr. 53.—/DM 64.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

7/87

Bitte einsenden an ZeitBild, Postfach, CH-3000 Bern 6